

DIE KRISEN DES DEMOKRATISCHEN KAPITALISMUS

INFLATION, STAATLICHE DEFIZITE, PRIVATE VERSCHULDUNG, FAULE KREDITE

AUS DEM Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems im Jahr 2008 ist inzwischen eine wirtschaftliche und politische Krise von globalen Dimensionen geworden. Wie ist dieses welterschütternde Ereignis begrifflich zu fassen? Für die Mainstream-Ökonomie herrschte in der Gesellschaft eine allgemeine Tendenz zum Gleichgewicht, und Krisen und Veränderungen waren nur kurzfristige Abweichungen vom Gleichgewichtszustand eines normalerweise gut integrierten Systems. Ein Soziologe muss diese Illusion jedoch nicht teilen. Statt unsere gegenwärtige Notlage als eine einmalige Störung eines grundsätzlich stabilen Zustands zu deuten, sehe ich in der „Großen Rezession“¹ und dem anschließenden Beinahe-Zusammenbruch der Staatsfinanzen den Ausdruck einer fundamentalen Spannung in der politisch-ökonomischen Verfassung von Gesellschaften des fortgeschrittenen Kapitalismus; einer Spannung, die Ungleichgewicht und Instabilität eher zur Regel als zur Ausnahme macht und die in einer historischen Abfolge von Störungen innerhalb der sozioökonomischen Ordnung Ausdruck gefunden hat. Ich werde zeigen, daß die gegenwärtige Krise nur dann vollständig verstanden werden kann, wenn wir sie als Teil einer permanenten, notwendig konfliktreichen Transformation der Gesellschaftsformation betrachten, die wir als „demokratischen Kapitalismus“ bezeichnen.

Vollständig etabliert wurde der demokratische Kapitalismus erst nach dem Zweiten Weltkrieg, und dann nur in den „westlichen“ Teilen der Welt, in Nordamerika und Westeuropa. Dort funktionierte er in den beiden folgenden Jahrzehnten außerordentlich gut, so gut, daß diese Phase eines ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums noch immer unsere Vorstellungen und Erwartungen darüber prägt, was der moderne Kapitalismus ist oder was er sein könnte und sollte. Dies ist der Fall, obwohl wir im Lichte der anschließenden Turbulenzen erkennen müssten, daß das erste Vierteljahrhundert nach dem Krieg eine Ausnahme war. In der Tat waren nicht die *rente glorieuses*, sondern die anschließende Serie von Krisen der Normalzustand des demokratischen Kapitalismus – ein Zustand, der bestimmt ist von einem endemischen Konflikt zwischen kapitalistischen Märkten und demokratischer Politik, der sich nachdrücklich zurückmeldele, als das hohe Wirtschaftswachstum in den siebziger Jahren endete. Im folgenden werde ich zunächst die Natur dieses Konflikts erörtern und mich dann der Sequenz der von ihm hervorgerufenen politisch-ökonomischen Störungen zuwenden, die der gegenwärtigen globalen Krise vorausgingen und sie prägten.

1. MÄRKTE UND WÄHLER

Die Vermutung, daß Kapitalismus und Demokratie nicht problemlos zusammenpassen, ist alles andere als neu. Vom 19. Jahrhundert an und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein hegten das Bürgertum und die politische Rechte die Befürchtung, eine Mehrheits Herrschaft – und damit unausweichlich die Herrschaft der Armen über die Reichen – werde letztlich das Privateigentum und die freien Märkte abschaffen. Auf der anderen Seite warnten die aufsteigende Arbeiterklasse und die politische Linke davor, daß die Kapitalisten sich mit den Kräften der Reaktion zur Abschaffung der Demokratie verbünden könnten, um sich davor zu schützen, von einer permanenten Mehrheit regiert zu werden, die sich

der wirtschaftlichen und sozialen Umverteilung verschrieben hatte. Die jeweiligen Meriten beider Positionen möchte ich nicht diskutieren, aber doch auf das historische Faktum hinweisen, daß zumindest in den Industrieländern die Linke mehr Anlaß zu der Befürchtung hatte, die Rechte werde die Demokratie stürzen, um den Kapitalismus zu retten, als die Rechte sich darum sorgen mußte, daß die Linke um der Demokratie willen den Kapitalismus abschaffen werde. Wie dem auch sein mag, in den ersten Jahren der Nachkriegszeit bestand weithin Übereinstimmung, daß der Kapitalismus, um mit Demokratie vereinbar zu sein, einer umfassenden politischen Kontrolle unterworfen werden mußte – etwa durch Verstaatlichung von wichtigen Unternehmen und Branchen oder durch Mitbestimmung der Beschäftigten wie in Deutschland –, um die Demokratie vor ihrer Zurückdrängung zugunsten freier Märkte zu schützen. Während John Maynard Keynes und bis zu einem gewissen Grad Michal Kalecki und Karl Polanyi sich durchsetzten, zog Friedrich August von Hayek sich in ein vorläufiges Exil zurück.

Seither jedoch hat die Mainstream-Ökonomie sich immer wieder gegen die angebliche „Unverantwortlichkeit“ opportunistischer Politiker gewandt, die sich bei einer Wählerschaft ohne wirtschaftlichen Sachverstand beliebt machen wollen, indem sie störend in ansonsten effiziente Märkte eingreifen, um Ziele wie Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu verfolgen, die wirklich freie Märkte langfristig sowieso realisieren würden, was sie aber nicht könnten, wenn sie von der Politik verzerrt würden. Wirtschaftskrisen, so die gängigen Theorien des „Public Choice“, sind eine Folge von marktverzerrenden politischen Interventionen zugunsten sozialer Ziele.² Die richtige Art von Intervention dagegen befreit nach dieser Ansicht die Märkte von politischer Einmischung; die falsche, marktverzerrende Art resultiert aus einem Übermaß an Demokratie – daraus, daß die Demokratie von verantwortungslosen Politikern auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen wird, wo sie nichts zu suchen hat. Nicht viele würden heute so weit gehen wie Hayek, der sich auf seine alten Tage dafür aussprach, die Demokratie, wie wir sie kennen, abzuschaffen, um wirtschaftliche Freiheit und Bürgerrechte zu verteidigen. Dennoch ist der *cantus firmus* der gegenwärtigen neo-institutionalistischen Wirtschaftstheorie durch und durch von Hayek bestimmt. Danach braucht der Kapitalismus, um richtig zu funktionieren, eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, mit einem verfassungsrechtlich verankerten Schutz von Märkten und Verfügungsrechten vor willkürlicher politischer Einmischung, durch unabhängige Regulierungsbehörden, Zentralbanken, die entschlossen gegen die Pressionen der Wähler verteidigt werden, und internationale Institutionen wie die *Europäische Kommission* oder den *Europäischen Gerichtshof*, die der Sorge um ihre Wiederwahl durch das Volk enthoben sind. Freilich weichen Theorien dieser Art gewissentlich der entscheidenden Frage aus, wie man vom jetzigen Zustand aus dorthin gelangen kann, vermutlich, weil sie keine Antwort haben oder zumindest keine, die man öffentlich aussprechen kann.

Die tieferen Ursachen der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie kann man unterschiedlich fassen. Im aktuellen Zusammenhang verstehe ich unter demokratischem Kapitalismus eine politische Ökonomie, die bestimmt ist von zwei ge-

gensätzlichen Prinzipien der Ressourcenallokation: das eine orientiert sich an der Grenzproduktivität oder an dem, was sich aus einem „freien Spiel der Marktkräfte“ ergibt, während das andere auf sozialen Bedürfnissen oder Ansprüchen basiert, die durch kollektive Entscheidungen der demokratischen Politik beglaubigt werden. Theoretisch müßten Regierungen unter dem demokratischen Kapitalismus beiden Prinzipien gleichzeitig gehorchen, obwohl sie sich nie ganz auf einen Nenner bringen lassen. In der Praxis können sie eine Zeitlang eines zugunsten des anderen vernachlässigen, bis sie von den Folgen bestraft werden: Regierungen, die demokratische Forderungen nach Schutz und Umverteilung unbeachtet lassen, riskieren, ihre Mehrheit zu verlieren, während Regierungen, welche die Förderung der Produktionsmittelbesitzer nach einer der Logik der Grenzproduktivität folgenden Verteilung mißachten, wirtschaftliche Störungen auslösen, die zunehmend unhaltbar werden und dadurch auch die politische Unterstützung untergraben.

In der liberalen Utopie der gängigen ökonomischen Theorie wird die im demokratischen Kapitalismus bestehende Spannung zwischen seinen beiden Allokationsprinzipien dadurch überwunden, daß man die Theorie in eine – wie Marx gesagt hätte – materielle Gewalt verwandelt. Dabei werden Bürger und Politiker durch die Theorie als „wissenschaftliche Erkenntnis“ darüber belehrt, daß wahre Gerechtigkeit Marktgleichheit ist, bei der jedermann seinem Beitrag entsprechend belohnt wird – statt nach Maßgabe seiner zu Ansprüchen umdefinierten Bedürfnisse. Eine Wirtschaftstheorie, die als Gesellschaftstheorie akzeptiert würde, würde sich „bewahrheiten“, indem sie performativ werden würde. In der Realität zeigt sich allerdings, daß es nicht so einfach ist, den Leuten ihren „irrationalen“ Glauben an soziale und politische Rechte auszureden, die im Gesetz des Marktes und im Recht auf Eigentum nicht vorgesehen sind. Bisher haben nicht-marktgetriebene Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit allen Bemühungen um ihre ökonomische Rationalisierung widerstanden, mögen diese in der bleiernen Zeit des vordringenden Neoliberalismus auch noch so schwingvoll dahergekommen sein. Die Menschen weigerten sich beharrlich, die Idee einer „Moralökonomie“ aufzugeben, in der sie Rechte besitzen, die gegenüber den Ergebnissen von Tauschprozessen auf dem Markt Vorrang haben.³

Tatsächlich scheinen sie dort, wo sie dazu die Möglichkeit haben, wie es in einer funktionierenden Demokratie zwangsläufig der Fall ist, am Primat des Sozialen gegenüber dem Ökonomischen ebenso festzuhalten wie an Versprechen und Verpflichtungen, vor auf „Flexibilität“ zielenden Marktzwängen geschützt zu werden, und zu verlangen, daß die Gesellschaft die Erwartungen

- Wolfgang Streeck
E Pluribus Unum?
 „Varieties and Commonalities of Capitalism“, in: *Handbook of Economic Life*, Colorado 2011
- Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie
 Königstein/Ts 1981, Athenäum
- Institutions in History
 „Bringing Capitalism Back“, in: *Handbook of Comparative Institutional Analysis*
 Oxford 2010, Oxford UP
- Korporatismus in Deutschland
 Frankfurt/M 1999, Campus
- Man weiß es nicht genau
 „Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für Politik“, in: *Wissenschaftliche Politikberatung*
 Göttingen 2011, Wallstein
- Mitbestimmung
 Gütersloh 1996, Bertelsmann-Stiftung
- Noch so ein Sleg, und wir sind verloren
 „Nationalstaat nach der Finanzkrise“, in: *Leviathan* 2010, Nr. 2
- Re-forming Capitalism
 Oxford 2009, Oxford UP
- Social Institutions and Economic Performance
 London 1992, Sage
- Taking Capitalism Seriously
 „Towards an Institutional Approach to Contemporary Political Economy“, in: *Socio-Economic Review*, 2011, No. 1
- Und wenn jetzt noch eine Krise käme?
 in: *Zukunft des Kapitalismus*
 Berlin 2010, Suhrkamp

Article by an MPIfG researcher
 Wolfgang Streeck: Die Krisen des demokratischen Kapitalismus: Inflation, staatliche Defizite, private Verschuldung, faule Kredite.
 In: *Letzte International* (95), 7-17 (2011). Letzte International Verlags-GmbH
 The original publication is available at the publisher's web site:
http://www.letzte.de/beitrag/streeck-wolfgang_die_krisen-des-demokratischen-kapitalismus

von Menschen honoriert, ein Leben außerhalb der Diktatur ständig schwankender „Marktsignale“ zu ermöglichen. Dies ist es wohl, was Polanyi in *The Great Transformation* als „Gegenbewegung“ gegen die Kommodifizierung der Arbeit bezeichnet hat.

Für den ökonomischen Mainstream sind Störungen wie Inflation, Haushaltsdefizite und öffentliche oder private Überschuldung Folge unzureichender Kenntnisse der Gesetze, die in der Wirtschaft als einer Maschine zur Wohlstandssteigerung gelten, oder der Mißachtung dieser Gesetze im egoistischen Streben nach politischer Macht. Anders dagegen Theorien der politischen Ökonomie, soweit sie das Politische ernst nehmen und nicht nur funktionalistische Effizienztheorien sind: Für sie ist die Allokation über den Markt nur ein Typ eines politisch-ökonomischen Regimes, in dem die Interessen derer dominieren, die über knappes Produktionskapital verfügen und daher in einer starken Marktposition sind. Das alternative Regime, die politische Allokation, wird von jenen bevorzugt, die wenig ökonomisches Gewicht besitzen, dafür aber potentiell weitgehende politische Macht. Aus deren Perspektive ist die herrschende Wirtschaftstheorie im Grunde nur die theoretische Überhöhung einer politisch-ökonomischen Gesellschaftsordnung, die jenen dient, die reichlich mit Marktmacht versehen sind und deren Interessen diese mit dem Allgemeininteresse gleichsetzt. Sie vertritt, in anderen Worten, die Verteilungsansprüche der Besitzer von Produktivkapital als technische Imperative einer guten, d.h. wissenschaftlich fundierten Wirtschaftsführung. Wenn die Mainstream-Ökonomie wirtschaftliche Störungen darauf zurückführt, daß traditionelle Prinzipien einer moralischen Ökonomie und rational-moderne Prinzipien auseinanderklaffen, so läuft das aus der Sicht der politischen Ökonomie auf eine tendenziöse Fehldarstellung hinaus, welche die Tatsache verdeckt, daß die „ökonomische“ Öko-

nomie für die Inhaber von bestimmender Macht am Markt zugleich eine moralische Ökonomie ist.

In der Sprache der Mainstream-Ökonomie erscheinen Krisen als Strafe für Regierungen, die die Naturgesetze verletzen, welche die Wirtschaft in Wahrheit regieren. Für eine Theorie der politischen Ökonomie, die ihren Namen verdient, äußern sich in Krisen dagegen die „Kaleckischen Reaktionen“ der Eigentümer von Produktionsmitteln auf eine demokratische Politik, die in ihren Herrschaftsbereich eindringt, und sie daran zu hindern sucht, ihre Marktmacht voll zu nutzen, und dadurch ihre Erwartungen mißachtet, für ihre Risikoübernahme angemessen entschädigt zu werden.⁴ Die gängige Wirtschaftstheorie betrachtet die Gesellschaftsstruktur und die in ihr bestehende Verteilung von Interessen und Macht als exogen, hält sie konstant und macht sie dadurch unsichtbar und, für die Zwecke der ökonomischen „Wissenschaft“, natürlich gegeben. Die einzige Politik, die eine solche Theorie empirisch kennt, besteht in opportunistischen, bestenfalls untauglichen Bemühungen, die Gesetze der Wirtschaft zu beugen. Eine gute Wirtschaftspolitik dagegen wäre per definitionem unpolitisch.

Das Problem ist, daß diese Sicht nicht von den vielen geteilt wird, für welche die Politik ein dringend benötigtes Mittel gegen Märkte ist, deren eingeschränktes Agieren zu dem, was sie als gerecht empfinden, in Widerspruch steht. Wenn man sie nicht irgendwie dazu bringen kann, die neoklassische Wirtschaftstheorie als ein einleuchtendes Modell dafür zu übernehmen, was das gesellschaftliche Leben ist und was es sein sollte, werden ihre mit Hilfe der Demokratie zum Ausdruck gebrachten politischen Forderungen von den Rezepten der gängigen Wirtschaftstheorie abweichen. Folglich kann man zwar eine Ökonomie, sofern sie nur hinreichend theoretisch entbetet ist, als zum Gleichgewicht tendierend beschreiben. Mit einer politischen Ökonomie jedoch geht das nicht, es sei denn, man schaffe die Demokratie zugunsten einer platonischen Diktatur von Ökonomenkönigen ab. Die kapitalistische Politik hat, wie wir sehen werden, ihr Bestes getan, uns aus der Wüste des korrupten demokratischen Opportunismus in das gelobte Land sich selbst regulierender Märkte zu führen. Doch bisher hält der demokratische Widerstand an – und mit ihm die Verwerfungen in unseren Marktwirtschaften, die er immer wieder von Neuem hervorbringt.

2. WIRTSCHAFTSORDNUNGEN DER NACHKRIEGSZEIT

Der demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit erlebte seine erste Krise in dem Jahrzehnt nach dem Ende der sechziger Jahre, als in der ganzen westlichen Welt die Inflation rapide zu steigen begann, während das nachlassende Wirtschaftswachstum es erschwerte, die politisch-ökonomische Friedensformel zwischen Kapital und Arbeit aufrechtzuerhalten, die nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs den innenpolitischen Konflikt beendet hatte. Dieser Formel gemäß akzeptierte die organisierte Arbeiterschaft faktisch kapitalistische Märkte und Verfügungsrechte im Gegenzug für politische Demokratie, welche ihr die Möglichkeit verschaffte, soziale Sicherheit und einen stetig steigenden Lebensstandard zu erreichen. Über zwei Jahrzehnte eines ununterbrochenen Wachstums hatten die Vorstellungen fest verankert, derzufolge kontinuierlicher wirtschaftlicher Fortschritt ein demokratisches Bürgerrecht darstellte. Aus ihr erwachsen politische Erwartungen, welche die Regierungen erfüllen zu müssen glaubten, aber immer weniger erfüllen konnten, als das Wachstum nachzulassen begann.

Die nach dem Krieg zwischen Arbeit und Kapital geschlossene Übereinkunft hatte ungeachtet der ansonsten sehr großen Unterschiede in allen Ländern des demokratischen Kapitalismus im we-

sentlichen die gleiche Struktur. Sie umfasste einer expandierenden Sozialstaat, Tarifautonomie für die Arbeitnehmer und eine politische Garantie der Vollbeschäftigung, ausgesprochen von Regierungen, die von den ökonomischen Instrumenten des Keynesianismus ausgiebig Gebrauch machten. Doch als das Wachstum in den späten sechziger Jahren zu stocken begann, ließ diese Kombination sich nicht mehr aufrechterhalten. Während die Arbeitnehmer über ihre Gewerkschaften ihre mittlerweile tiefer wurzelten Erwartungen auf alljährliche Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, schützte die Verpflichtung der Regierungen auf Vollbeschäftigung zusammen mit einem wachsenden Sozialstaat die Gewerkschaften vor potentiellen Arbeitsplatzverlusten infolge von Tarifabschlüssen, die über der Produktivitätszuwachs hinausgingen. Die staatliche Politik verstärkte somit die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften über das Maß hinaus, das ein freier Arbeitsmarkt hergegeben hätte. In den späten sechziger Jahren fand dies Ausdruck in einer weltweiten Woge gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft, die genährt wurde von einem starken, nicht durch Angst vor Arbeitslosigkeit beeinträchtigten Gefühl, eines politischen Anspruch auf einen steigenden Lebensstandard zu haben.

In den folgenden Jahren standen Regierungen in der ganzen westlichen Welt vor der Frage, wie sie die Gewerkschaften dazu bewegen könnten die Lohnforderungen ihrer Mitglieder zu zügeln ohne daß sie selbst das keynesianische Versprechen der Vollbeschäftigung widerrufen mußten. In der Mehrheit jener Länder, in denen es aufgrund der Struktur des Tarifverhandlungssystems nicht zu einem dreiseitigen Sozialpakt kam, blieben die Regierungen während der siebziger Jahre dabei, daß es für ihr Überleben, wenn nicht sogar für die Stabilität der kapitalistischen Demokratie schlechthin zu riskant sei, die Arbeitslosigkeit ansteigen zu lassen um so die Reallohnsteigerungen einzudämmen. Ihr einziger Ausweg bestand in einer entgegenkommenden Geldpolitik, die das Nebeneinander von freien Tarifverhandlungen und Vollbeschäftigung nicht antastete, allerdings auf Kosten einer ständig steigenden Inflationsrate.

Anfangs war die Inflation für die Arbeitnehmer kein sonderliches Problem, soweit sie durch stark Gewerkschaften vertreten wurden und politisch genügend Macht besaßen, um eine faktische Indexierung ihrer Löhne zu erreichen. Inflation geht vornehmlich zu Lasten von Gläubigern und Besitzern von Geldvermögen, Gruppen also, in denen Arbeitnehmer in der Regel nicht vorkommen oder zu mindest in den sechziger und siebziger Jahren nicht vorkamen. Man kann Inflation daher als monetären Ausdruck eines Verteilungskonflikts betrachten, in dem sich eine Arbeiterklasse, die sowohl Beschäftigungssicherheit als auch einen höheren Anteil an Nationaleinkommen fordert, einer Kapitalistenklasse gegenübersteht, die eine maximale Rendite auf ihr Kapital anstrebt. Da beide Seiten sich nicht darüber einig sind, was ihnen von Rechts wegen zu steht – die eine betont die Ansprüche aus Bürgerrechten, die andere jene aus Eigentum und Marktmacht –, kann Inflation auch als Ausdruck von Anomie in einer Gesellschaft betrachtet werden die aus strukturellen Gründen gemeinsame Kriterien für soziale Gerechtigkeit nicht entwickeln kann. In diesem Sinne behauptete der britische Soziologe John Goldthorpe in den späten siebziger Jahren in einer demokratisch-kapitalistischen Marktwirtschaft, die Arbeitern und Bürgern erlaubt, Marktergebnisse durch politische Aktionen zu korrigieren sei Inflation unausrottbar.⁵

Angesichts unvereinbarer Forderungen von Arbeit und Kapital in einer Welt sinkender Zuwachsraten war eine entgegenkommende Geldpolitik für Regierungen eine bequeme Methode, um Nullsummen-Sozialkonflikte zu vermeiden. In den ersten Nachkriegsjahren hatte wirtschaftliches Wachstum den Regierungen, die mit gegensätzlichen Vorstellungen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit konfrontiert

ANZEIGE

SEIN ODER HABEN

SCHAU
SPIEL
MARKT
FRANK
FURT

VORTRÄGE UND
DISKUSSIONEN
SPIELZEIT 2011/12

EINTRITT FREI

15. JAN
17.30 UHR CHAGALLSAAL

SHAKESPEARE –
EIN ANTISEMIT?

25. JAN
18 UHR CHAGALLSAAL

OH, OH, OH – HAMLETS
LETZTE WÖRTE

12. FEB
17.30 UHR CHAGALLSAAL

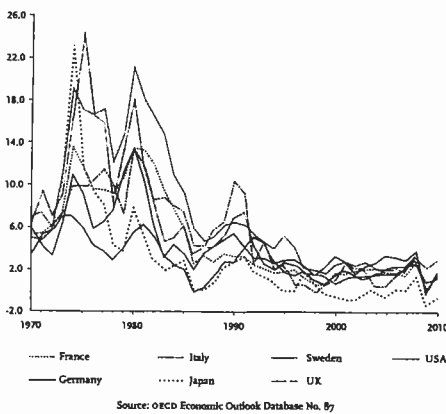
SHYLOCK UND WIR – WAS
KANN DER »KAUFMANN VON
VENEDIG« ÜBER DIE MODERNE
WIRTSCHAFT SAGEN?

19. FEB
17.30 UHR CHAGALLSAAL

KUNST UND WIRKLICHKEIT
IN SHAKESPEARES »HAMLET«

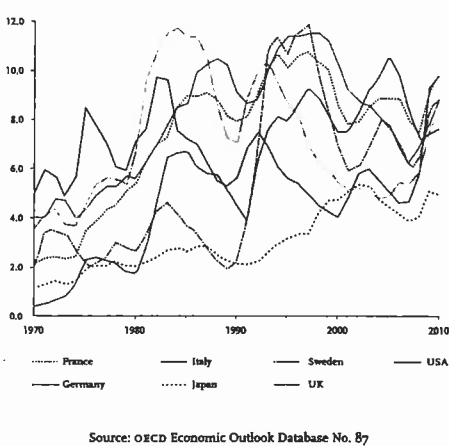
WWW.SCHAUSPIELFRANKFURT.DE KARTENTELEFON 069.212.49.49.4

FIGURE 1. Inflation Rates, 1970-2010



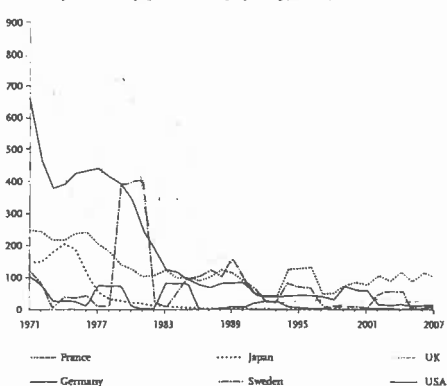
INFLATIONS RATEN 1970-2010 QUELLE OECD

FIGURE 2. Unemployment Rates, 1970-2010



ARBEITSLOSIGKEITS RATEN 1970-2010 QUELLE OECD

FIGURE 3. Strike Days per 1,000 Employees, 1971-2007



STREIKTAGE PRO TAUSEND BESCHÄFTIGTE 1971-2007 BERECHNET NACH STATISTIKEN DER ILO UND OECD

tiert waren, zusätzliche materielle Ressourcen geliefert, um die Klassengegensätze zu entschärfen. Jetzt mußten die Regierungen sich mit zusätzlichem, noch nicht durch die Realwirtschaft gedecktem Geld behelfen, um künftige Ressourcen für gegenwärtigen Verbrauch und gegenwärtige Verteilung vorzuziehen. Diese Art der Konfliktbefriedigung war zunächst effektiv, ließ sich aber nicht unbegrenzt

fortsetzen. Wie Hayek schon in den 1950er Jahren immer wieder unermüdlich erklärt hatte, muß eine sich beschleunigende Inflation zu letztlich nicht mehr beherrschbaren wirtschaftlichen Verzerrungen in den relativen Preisen, in der Relation zwischen kontingenten und festen Einkommen und bei den, wie die Ökonomen sagen, wirtschaftlichen Anreizen führen. Indem sie kaleckische Reaktionen von immer mißtrauischeren Kapitaleignern auslöst, produziert die Inflation letzten Endes sogar Arbeitslosigkeit und bestraft damit eben die Arbeitnehmer, deren Interessen sie ursprünglich gedient haben mag. Spätestens an diesem Punkt geraten Regierungen im demokratischen Kapitalismus unter Druck, die monetäre Disziplin wiederherzustellen.

3. NIEDRIGE INFLATION, STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT

Die Inflation wurde nach 1979 besiegt (Abbildung 1), als Paul Volcker, den Präsident Carter kurz zuvor zum Vorsitzenden der *Federal Reserve Bank* berufen hatte, die Zinssätze auf eine beispiellose Höhe trieb. Als Folge erreichte die Arbeitslosigkeit ein Ausmaß, wie man es seit der „Großen Depression“ nicht mehr gesehen hatte. Als Präsident Reagan, von dem man sagte, er habe sich anfangs vor den negativen politischen Folgen von Volckers aggressiver Desinflationpolitik gefürchtet, 1984 wiedergewählt wurde, war die Wende vollzogen. Thatcher, die dem amerikanischen Beispiel gefolgt war, hatte 1983 eine zweite Amtszeit gewonnen, ebenfalls trotz hoher Arbeitslosigkeit und rascher Deindustrialisierung, welche auch eine Folge einer restriktiven Geldpolitik war. Die Desinflation ging in den USA wie in Großbritannien mit entschiedenen Angriffen auf die Gewerkschaften seitens der Regierung und der Arbeitgeber einher – man erinnert sich noch an Reagans Sieg über die Fluglosen und an Thatcher, welche die Bergarbeitergewerkschaft in die Knie zwang. In den folgenden Jahren blieben die Inflationsraten in der gesamten kapitalistischen Welt konstant niedrig, während die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger stetig wuchs (Abbildung 2, links). Gleichzeitig ging der gewerkschaftliche Organisationsgrad fast überall zurück, und Streiks wurden so selten, daß man in manchen Ländern aufhörte, eine Streikstatistik zu führen (Abbildung 3, links).

Zu Beginn der neoliberalen Ära brachen die britische und die US-amerikanische Regierung als erste mit der seit der Nachkriegszeit im demokratischen Kapitalismus herrschenden Lehre, Arbeitslosigkeit untergrabe die politische Unterstützung nicht nur für die aktuelle Regierung, sondern für den demokratischen Kapitalismus als solchen. Die Experimente, die Reagan und Thatcher mit ihren Wählern durchführten, wurden von Politikern in aller Welt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Wer gehofft hatte, mit dem Ende der Inflation würden auch die wirtschaftlichen Störungen enden, wurde jedoch rasch enttäuscht. Während die Inflation sank, begann die staatliche Verschuldung zu steigen.⁶ Mit der Stagnation des Wachstums war die Abneigung der Steuerzahler gegen Besteuerung stärker denn je geworden, und mit dem Ende der Inflation endeten auch die automatischen Steuererhöhungen durch die sogenannte „kalte Progression“. Dies galt auch für die stetige Entwertung der Staatsschulden, die das Wirtschaftswachstum zunächst begleitet und dann zunehmend ersetzt hatte. Hinzu kam, daß auf der Ausgabenseite die durch die Stabilisierung des Geldwerts verursachte Arbeitslosigkeit steigende Aufwendungen für Sozialhilfe erforderte. Auch die Ansprüche auf Sozialleistungen, die in den siebziger Jahren als Gegenleistungen für Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen geschaffen worden waren – gewissermaßen gestundete Löhne aus der neo-korporatistischen Ära –, begannen nun fällig zu werden, was die öffentlichen Finanzen zunehmend belastete.

Da Inflation nicht mehr zur Verfügung stand, um die Lücke zwischen den Forderungen der Bürger und denen „der Märkte“ zu schließen, fiel die Bürde, den sozialen Frieden zu sichern, auf den Staat. Öffentliche Verschuldung erwies sich eine Zeitlang als ein bequemes funktionales Äquivalent für die Inflation. Wie schon die Inflation ermöglichte sie es, Ressourcen in Verteilungskonflikte einzubringen, die noch gar nicht produziert waren, und zur Begleichung von Ansprüchen zusätzlich zu den bereits vorhandenen auf zukünftige Ressourcen zurückzugreifen. Da sich der Kampf zwischen Marktverteilung und sozialer Verteilung vom Arbeitsmarkt in die politische Arena verlagerte, traten Pressionen der Wähler an die Stelle von Forderungen der Gewerkschaften. Statt die Währung zu inflationieren, begannen Regierungen, Kredite aufzunehmen, um beidem entgegenzukommen, einerseits den Forderungen nach Sozial- und Dienstleistungen als Bürgerrecht, andererseits den konkurrierenden Forderungen nach Einkommen, in denen sich das Urteil des Marktes spiegelte. Hilfreich waren dabei sowohl die niedrige Inflation, sicherte sie doch den Gläubigern zu, daß Staatsanleihen langfristig ihren Wert behalten würden, als auch die niedrigen Zinssätze, die auf das Ende der Inflation folgten.

Doch ebenso wie die Inflation läßt sich auch die Anhäufung öffentlicher Schulden nicht unbegrenzt fortsetzen. Seit langem hatten Ökonomen davor gewarnt, daß die öffentliche Defizitfinanzierung private Investitionen verdrängen würden, mit der Folge hoher Zinssätze und niedrigen Wachstums. Frei-

W. Streeck, Daniel Mertens
Politik im Defizit
„Austerität als fiskalpolitisches Regime“, in: *Der moderne Staat* 3, 2010, Nr. 1

W. Streeck, Colin Crouch (Hg.)
Political Economy of Modern Capitalism
London 1997, Sage

W. Streeck, Kathleen Thelen
Beyond Continuity
Institutional Change in Advanced Political Economies
Oxford 2005, Oxford UP

Marco Annunziata
The Economics of the Financial Crisis
Basingstoke 2011, Palgrave

Johannes Bähr, Bernd Rudolph
1931 Finanzkrisen 2008
München 2011, Piper

ANZEIGE

[mosse] LECTURES
an der Humboldt-Universität zu Berlin
und im VERLAG VORWERK 8

STAATSBÜRGERSCHAFT – CITIZENSHIP

DO, 12. Januar 2012, 18 h u.t., Achtung Änderung: Haus der Kulturen der Welt

OKWUI ENWEZOR Haus der Kunst München

»CIVITAS. CITIZENSHIP. CIVILITY: ART AND THE CIVIC IMAGINATION« Moderation: Horst Bredekamp

DI, 07. Februar 2012, 19 h u.t., HU, Unter den Linden 6, Senatssaal

NORBERT LAMMERT Präsident des Deutschen Bundestages

»DEMOKRATISCHER RECHTSSTAAT UND MULTIKULTURELLE BÜRGERGESELLSCHAFT«

www.mosse-lectures.de info@mosse-lectures.de



»Korruption«
Mosse-Lectures 2010
Elisabeth Wagner, Burkhard Wolf (Hg.)
196 Seiten | 19 EUR
ISBN 978-3-940384-34-8



»Verwertungen von Vergangenheit«
Mosse-Lectures 2008
Elisabeth Wagner, Burkhard Wolf (Hg.)
144 Seiten | 19 EUR
ISBN 978-3-940384-19-5



»Odysseen«
Mosse-Lectures 2007
Elisabeth Wagner, Burkhard Wolf (Hg.)
143 Seiten | 13 EUR
ISBN 978-3-940384-11-9



»Kontinent Kafka«
Mosse-Lectures 2005
Klaus R. Scherpe, Elisabeth Wagner (Hg.)
158 Seiten | 14,90 EUR
ISBN 978-3-930916-79-5

VERLAG VORWERK 8
www.vorwerk8.de

Joachim Bischoff
Herrschaft des Finanzkapitals
Hamburg 2011, Vsa

Christoph Böhr
Ethik in der Krise der
Ökonomie
Wiesbaden 2012, VS Verlag

Werner Brinker
Denkfehler Wachstum
Darmstadt 2011, Büchler

Colin Crouch
Das befremdliche Überleben
des Neoliberalismus
Berlin 2011, Suhrkamp

P. Della Posta, Leila S. Talani
Europe and the Financial Crisis
Basingstoke 2011, Palgrave

lich konnten sie nie angeben, wo genau die kritische Schwelle lag. In der Praxis zeigte sich, daß es zumindest eine Zeitlang möglich war, die Zinssätze niedrig zu halten, indem man die Finanzmärkte deregulierte und gleichzeitig die Inflation durch fortgesetzten Kampf gegen die Gewerkschaften eindämmte.⁷ Doch vor allem die USA mit ihrer ungewöhnlich niedrigen Sparquote verkaufen ihre Staatsanleihen bald nicht nur an ihre eigenen Bürger, sondern auch an ausländische Anleger, darunter auch allerlei Staatsfonds.⁸ Außerdem mußte bei steigender Schuldenlast ein wachsender Anteil der staatlichen

Ausgaben für den Schuldendienst verwendet werden, selbst bei weiterhin niedrigen Zinssätzen. Vor allem mußte es einen freilich nicht im voraus erkennbaren Punkt geben, an dem ausländische wie inländische Gläubiger anfangen würden, sich um die Rückzahlung ihres Geldes Sorgen zu machen. Spätestens dann würde von den „Finanzmärkten“ ein wachsender Druck ausgehen, die Staatshaushalte zu konsolidieren und zu Haushaltsdisziplin zurückzuführen.

4. DEREGULIERUNG UND PRIVATE VERSCHULDUNG

Das Problem, das 1992 im Mittelpunkt der amerikanischen Präsidentschaftswahl stand, war das sogenannte „doppelte Defizit“: das der Bundesregierung und das des Landes insgesamt im Außenhandel. Der Sieg von Bill Clinton löste weltweite Bemühungen um Haushaltskonsolidierung aus, die unter amerikanischer Führung von internationalen Organisationen wie der OECD und dem IWF offensiv unterstützt wurden. Ursprünglich hatte die Clinton-Regierung offenbar vor, mit dem öffentlichen Defizit Schluß zu machen durch beschleunigtes Wirtschaftswachstum, das durch soziale Reformen wie etwa erhöhte öffentliche Investitionen in Bildung bewirkt werden sollte.⁹ Doch nachdem die Demokraten bei den Zwischenwahlen von 1994 ihre Mehrheit im Kongress verloren hatten, ging Clinton zu einer Sparpolitik über, die mit tiefen Einschnitten in den öffentlichen Ausga-

ben und Veränderungen in der Sozialpolitik verbunden war, die, wie der Präsident sich ausdrückte, „der Sozialhilfe, wie wir sie kennen“, ein Ende machen sollten. Von 1998 bis 2000 verzeichnete die amerikanische Bundesregierung in der Tat zum ersten Mal nach Jahrzehnten einen Haushaltsüberschuß.

Das heißt jedoch nicht, daß die Clinton-Regierung einen Weg gefunden hätte, eine demokratisch-kapitalistische Volkswirtschaft ohne Rückgriff auf zusätzliche, noch zu produzierende wirtschaftliche Ressourcen zu befrieden. Clintons Strategie der sozialen Konfliktbewältigung stützte sich in hohem Maße auf die Deregulierung des Finanzsektors, die bereits unter Reagan eingesetzt hatte und jetzt weiter vorangetrieben wurde als jemals zuvor.¹⁰ Die rasch wachsende Ungleichheit der Einkommen, hervorgerufen durch einen fortgesetzten Bedeutungsschwund der Gewerkschaften und scharfe Einschnitte bei den Sozialausgaben sowie durch die Verringerung der Gesamtnachfrage aufgrund der Haushaltskonsolidierung, wurde ausgeglichen durch beispiellose neue Gelegenheiten für Bürger und Firmen, sich zu verschulden. Der treffende Ausdruck „privatisierter Keynesianismus“ wurde geprägt, um die faktische Ersetzung der öffentlichen durch private Schulden zu beschreiben.¹¹ Statt daß der Staat Geld aufnahm, um gleichen Zugang zu ordentlichen Wohnungen oder die Ausbildung von marktfähigen beruflichen Fähigkeiten zu finanzieren, wurden jetzt die einzelnen Bürger ermuntert und zuweilen auch gezwungen, auf eigenes Risiko Kredite aufzunehmen, um ihre Ausbildung oder ihren Umzug in ein weniger heruntergekommenes Stadtviertel zu finanzieren.

Clintons Politik der Haushaltskonsolidierung und der wirtschaftlichen Wiederbelebung durch finanzielle Deregulierung hatte viele Nutznießer. Die Reichen blieben von höheren Steuern verschont, und diejenigen unter ihnen, die so schlau waren, ihre Interessen in den Finanzsektor zu verlagern, machten riesige Gewinne mit den immer komplizierteren „Finanzdienstleistungen“, die sie jetzt nahezu unbegrenzt verkaufen durften. Doch auch die Armen profitierten, zumindest einige von ihnen und eine Zeitlang. Subprime-Hypotheken wurden zu einem am Ende allerdings illusorischen Ersatz für die Sozialpolitik, die gleichzeitig ausgemustert wurde, und für die Lohnerhöhungen, die am unteren Ende eines „flexibilisierten“ Arbeitsmarktes nicht mehr stattfanden. Besonders für Afroamerikaner war ein

eigenes Zuhause nicht nur der wahr gewordene „amerikanische Traum“, sondern auch ein dringend notwendiger Ersatz für eine Altersrente, die sie auf dem reformierten Arbeitsmarkt nicht verdienen konnten und die von einer auf permanenten Sparkurs verpflichteten Regierung zu erwarten sie keinen Anlaß hatten.

Auch wenn sich diese Gelegenheit später als trügerisch erwies, bot Wohneigentum der Mittelschicht und sogar einigen der Armen eine Zeitlang eine attraktive Gelegenheit, sich an der Spekulationswelle zu beteiligen, welche die Reichen in den neunziger Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends so viel reicher gemacht hatte. Als die Häuserpreise unter der steigenden Nachfrage von Leuten, die sich unter normalen Umständen nie ein Haus hätten kaufen können, in die Höhe schossen, wurde es üblich, die neuen Finanzinstrumente in der Weise zu nutzen, daß Hypotheken teilweise oder sogar in voller Höhe aufgenommen wurden, um die

rasch steigenden Kosten der Collegeausbildung der nächsten Generation oder auch nur den persönlichen Konsum bei stagnierenden oder sinkenden Löhnen zu finanzieren. Auch war es nicht unüblich, daß Wohnungseigentümer ihren neuen Kredit nutzten, um eine zweite oder dritte Wohnung zu kaufen, in der Hoffnung, bei der irgendwie erwarteten endlosen Wertsteigerung von Immobilien Kasse zu machen. Auf diese Weise wurden, anders als in der Ära der öffentlichen Verschuldung, in der künftige Ressourcen für gegenwärtigen Verbrauch durch staatliche Kreditaufnahme bereitgestellt wurden, diese jetzt durch eine Vielzahl von Einzelpersonen verfügbar gemacht, die auf liberalisierten Finanzmärkten Verpflichtungen zur Zahlung eines erheblichen Teils ihrer erwarteten zukünftigen Einkommen an Gläubiger verkauften, die ihnen wiederum die Gelegenheit verschafften, jetzt gleich zu kaufen, was sie wollten.

Die finanzielle Liberalisierung schuf somit einen Ausgleich für eine Ära fiskalischer Konsolidierung und staatlicher Sparpolitik. Individuelle Verschuldung ersetzte die staatliche Verschuldung, und die individuelle Nachfrage, die von einer rasch wachsenden Geldindustrie gegen hohe Gebühren aufgebaut wurde, trat an die Stelle der staatlich organisierten kollektiven Nachfrage, die im Baugewerbe und in anderen Branchen die Beschäftigung und die Gewinne stützte (Abb. 4).

Diese Dynamik beschleunigte sich nach 2001, als die *Federal Reserve* auf extrem niedrige Zinssätze umschaltete, um einer Rezession und der Rückkehr einer damit verbundenen hohen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Neben beispiellosen Profiten stützte der privatisierte Keynesianismus eine boomende Wirtschaft, die zum Neidobjekt nicht zuletzt europäischer Gewerkschaften wurde. Alan Greenspans Politik des billigen Geldes, welche die rasch wachsende Verschuldung der amerikanischen Gesellschaft beschleunigt hatte, wurde von europäischen Gewerkschaftsführern als vorbildlich hingestellt, die begeistert vermerkten, daß die *Federal Reserve* im Unterschied zur *Europäischen Zentralbank* gesetzlich verpflichtet war, für die Sicherung nicht nur des Geldwerts, sondern auch eines hohen Beschäftigungsniveaus zu sorgen. Das alles endete im Jahr 2008, als die internationale Kreditpyramide, auf der die Prosperität der neunziger Jahre und der ersten Jahre des neuen Jahrtausends beruht hatte, plötzlich einstürzte.

5. STAATSVerschuldung

Mit dem Zusammenbruch des privatisierten Keynesianismus im Jahr 2008 trat die Krise des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit in ihre vierte und letzte Phase, nach den vorausgegangenen Etappen der Inflation, der staatlichen Defizite und der privaten Verschuldung (Abbildung 5).¹² Als das globale Finanzsystem zu zerfallen drohte, versuchten die Nationalstaaten das wirtschaftliche Vertrauen dadurch wiederherzustellen, daß sie die zum Ausgleich für die Haushaltskonsolidierung zugelassenen faulen Kredite sozialisierten. Zusammen mit der fiskalischen Expansion, die nötig war, um einen Einbruch der Realwirtschaft zu vermeiden, führte dies zu einem erneuten dramatischen Anstieg der öffentlichen Defizite und der öffentlichen Verschuldung – eine Entwicklung, die, nebenbei bemerkt, eben nicht auf die Spenderwut opportunistischer Politiker oder auf falsch konstruierte öffentliche Institutionen zurückging, wie es den Theorien des „Public Choice“ und der umfangreichen institutionenökonomischen Literatur, welche in den neunziger Jahren unter den Auspizien beispielsweise der *Weltbank* und des IWF entstanden war, zu erwarten gewesen wäre.¹³

Der Quantensprung der öffentlichen Verschuldung nach 2008, der alles zunichte machte, was die Haushaltskonsolidierung in den zurückliegenden zehn Jahren erreicht haben mochte, beruhte darauf, daß kein demokratischer Staat es wagte, seiner Gesellschaft als Strafe für die Exzesse eines dere-

ANZEIGE

USA, Griechenland, Italien – wer ist der Nächste?

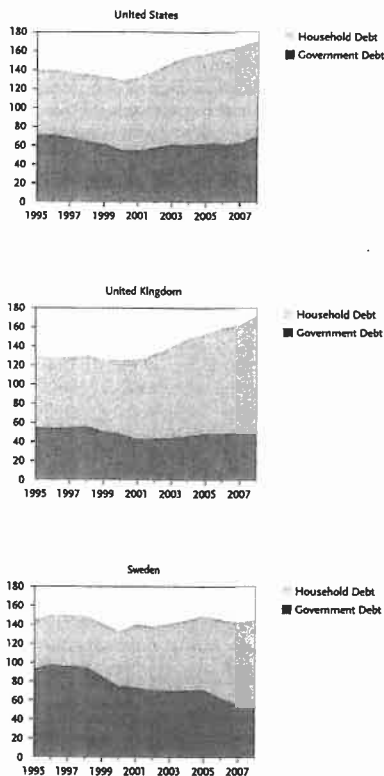


Warum muss ein Staat Schulden machen und wo ist die Schmerzgrenze, ab der es gefährlich wird? Welche Folgen hat das für uns? Was wird aus der Europäischen Währungsunion? Und warum können Politiker nicht die Hände aus dem Schuldentopf nehmen? Die renommierten Wirtschaftsprofessoren Beck und Prinz beantworten diese Fragen verständlich für alle und auch ein wenig unterhaltsam – wobei es dem Leser überlassen bleibt, ob er lachen, weinen oder sich gruseln will.

wissen wirtschaft weltgeschehen

HANSER
BÜCHER DER ZEIT

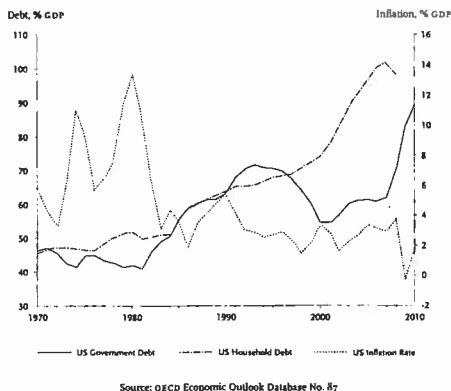
FIGURE 4. Fiscal Consolidation and Private Debt, as % of GDP 1995–2008



© OECD Economic Outlook Database No. 87, OECD National Accounts Database

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG UND PRIVATE VERSCHULDUNG ALS PROZENTSATZ DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS VON 1995–2008

FIGURE 5. Four Crises of Democratic Capitalism in the US, 1970–2010



Source: OECD Economic Outlook Database No. 87

VIER KRISEN DES DEMOKRATISCHEN KAPITALISMUS IN DEN USA, 1970–2010

gulierten Finanzsektors eine neue Wirtschaftskrise vom Kaliber der Großen Depression der dreißiger Jahre zuzumuten. Ein weiteres Mal wurde politische Macht eingesetzt, um künftige Ressourcen für die gegenwärtige Sicherung des sozialen Friedens verfügbar zu machen, indem Staaten mehr oder weniger freiwillig einen erheblichen Teil der neuen Schulden übernahmen, die ursprünglich im privaten Sektor entstanden waren.

Freilich, obwohl dies die Geldfabriken der Finanzindustrie rettete, die denn auch rasch ihre außerordentlichen Profite, Gehälter und Boni wieder einfuhrte, konnte es nicht verhindern, daß bei denselben „Finanzmärkten“ der Verdacht aufkam,

die Nationalstaaten könnten sich mit ihrer Rettung übernommen haben. Die globale Wirtschaftskrise war noch lange nicht vorbei, als die Gläubiger begannen, lautstark eine Rückkehr zu solidem Geld durch fiskalpolitische Strenge zu fordern, um sich die Gewißheit zu verschaffen, daß ihre stark angestiegenen Investitionen in Staatsschulden nicht verloren sein würden.

In den drei Jahren seit 2008 hat sich der Verteilungskonflikt des demokratischen Kapitalismus in ein kompliziertes Tauziehen zwischen globalen Finanzinvestoren und souveränen Nationalstaaten verwandelt. Wo früher Arbeitnehmer mit Arbeitgebern, Bürger mit Finanzministern und private Schuldner mit privaten Banken gekämpft hatten, da ringen jetzt nämlich Staaten mit jenen Finanzinstitutionen, von denen sie erst kürzlich dazu erpreßt worden waren, sie zu retten. Die zugrundeliegende Macht- und Interessenkonstellation ist komplexer denn je und harzt systematischer Erforschung. So sind die Finanzmärkte seit der Krise dazu zurückgekehrt, von verschiedenen Staaten unterschiedliche Zinssätze zu fordern, um unterschiedlich starken Druck auf Regierungen auszuüben, damit diese ihre Bürger dazu bringen, sich mit beispiellosen Ausgabenkürzungen abzufinden – im Einklang mit einer Logik grundsätzlicher unveränderter Marktallokation. Angesichts der Höhe der Schulden, welche die meisten Staaten heute haben, können selbst geringfügige Erhöhungen des Zinssatzes auf Staatsanleihen eine fiskalische Katastrophe bedeuten.¹⁴ Gleichzeitig müssen die Märkte vermeiden, die Staaten so sehr zu bedrängen, daß sie Staatsbankrott anmelden, was für Regierungen noch immer eine Option ist, wenn der Marktdruck zu stark wird.

Deswegen müssen andere Staaten gefunden werden, die bereit sind, die am stärksten gefährdeten Staaten herauszuhauen, um sich vor dem allgemeinen Zinsanstieg auf Staatsanleihen zu schützen, den der erste Zahlungsausfall hervorrufen würde. Eine ähnliche Art von „Solidarität“ zwischen Staaten im Interesse von Investoren entsteht, wenn ein staatlicher Zahlungsausfall Banken treffen würde, die ihren Sitz außerhalb des säumigen Landes haben, was die Heimatländer der Banken zwingen könnte, erneut riesige Summen fauler Kredite zu verstaatlichen, um ihre Wirtschaft zu stabilisieren.

Die im demokratischen Kapitalismus angelegte Spannung zwischen Forderungen nach sozialen Rechten und dem Wirken freier Märkte äußert sich heute noch auf andere Weise. Einige Regierungen, darunter die Obama-Administration, haben versucht, erneutes wirtschaftliches Wachstum durch noch mehr Schulden zu generieren – in der Hoffnung, künftige Konsolidierungsmaßnahmen durch eine Wachstumsdividende unterstützen zu können. Andere mögen insgeheim auf eine Rückkehr zur Inflation hoffen, welche die aufgelaufenen Schulden durch eine sanfte Enteignung der Gläubiger zusammenschmelzen ließe – was genau wie wirtschaftliches Wachstum die von fiskalpolitischer Austerität zu erwartenden politischen Spannungen dämpfen würde. Gleichzeitig könnten die Finanzmärkte sich auf einen aussichtsreichen Kampf gegen politische Einmischung vorbereiten, der ein für allemal die Marktdisziplin wiederherstellen und allen politischen Versuchen, sie zu untergraben, ein Ende machen würde.

Weitere Komplikationen erwachsen daraus, daß die Finanzmärkte auf Staatsschulden als sichere Anlage angewiesen sind; allzu nachdrücklich auf ausgeglichene Haushalte zu dringen könnte sie überaus begehrten Anlagemöglichkeiten berauben. Die Mittelschichten der Länder des fortgeschrittenen Kapitalismus haben einen ansehnlichen Teil ihrer Ersparnisse in Staatsanleihen gesteckt, und viele Arbeitnehmer haben heute stark in Zusatzrenten investiert. Ausgeglichene Haushalte würden voraussetzen, daß die Staaten ihren Mittelschichten in Gestalt höherer Steuern wegnehmen müssten, was diese heute sparen und investieren, unter anderem auch in

Staatsanleihen. Nicht nur würden die Bürger keine Zinsen mehr erzielen, sondern sie könnten ihre Ersparnisse auch nicht mehr an ihre Kinder vererben. Obwohl sie deshalb daran interessiert sein sollten, daß die Staaten wenn nicht schuldenfrei, so doch in der Lage sind, ihre Verbindlichkeiten gegenüber ihren Gläubigern zuverlässig zu erfüllen, könnte dies auch zur Folge haben, daß sie für die Liquidität ihrer Regierung mit tiefen Einschnitten bei öffentlichen Hilfen und Dienstleistungen zahlen müssten, auf die sie teilweise selber angewiesen sind.

So kompliziert die kreuz und quer verlaufenden Konfliktlinien in der sich herausbildenden internationalen Politik der Staatsschulden auch sind, so werden es wahrscheinlich nicht die Besitzer von Geld sein, die den Preis für die finanzielle Stabilisierung zahlen, zumindest nicht die Besitzer von realem Geld. Statt dessen werden fiskalische Zwänge dafür sorgen, daß es in staatlichen Rentensystemen beschleunigt zu Reformen kommt, und wenn irgendwo in der Welt Staaten insolvent werden, werden auch private Renten davon betroffen sein. Der Normalbürger wird zahlen – für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, den Bankrott anderer Staaten, die steigenden Zinsen auf die öffentliche Verschuldung und notfalls für eine weitere Rettung nationaler und internationaler Banken – mit seinen privaten Ersparnissen, Kürzungen von öffentlichen Ansprüchen, Einschnitten in öffentliche Dienstleistungen und höheren Steuern.

6. VERSCHIEBUNGEN

In den vier Jahrzehnten seit dem Ende der Wachstumsphase der Nachkriegszeit hat sich das Epizentrum der tektonischen Spannung innerhalb des demokratischen Kapitalismus von einer Institution auf die andere verlagert, mit der Folge von unterschiedlichen, aber systematisch verwandten wirtschaftlichen Verwerfungen. In den siebziger Jahren spielte sich der Konflikt zwischen demokratischen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und kapitalistischen Forderungen nach Verteilung gemäß Grenzproduktivität oder „ökonomischer Gerechtigkeit“ vornehmlich auf den nationalen Arbeitsmärkten ab, wo gewerkschaftlicher Lohndruck unter politisch garantierter Vollbeschäftigung eine sich beschleunigende Inflation auslöste. Als die faktische Umverteilung durch Verschlechterung der Währung wirtschaftlich untragbar wurde und Regierungen zwang, ihr unter hohem politischem Risiko ein Ende zu machen, verlagerte sich der Konflikt in die Arena der elektoralen Politik. Hier führte er zu einer wachsenden Disparität zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen und in der Folge zu einer rasch ansteigenden öffentlichen Verschuldung in Reaktion auf Wählerforderungen nach Unterstützungen und Leistungen, die über das Maß dessen hinausgingen, was man einer demokratisch-kapitalistischen Wirtschaft an Leistungen für ihren „Steuerstaat“ abverlangen konnte.¹⁵

Als dann Bemühungen um eine Zügelung der Staatsverschuldung unausweichlich wurden, mußten diese um des sozialen Friedens willen mit einer finanziellen Deregulierung einhergehen, die den Zugang zu privaten Krediten erleichterte, als alternativer Weg, um normativ gestützten und politisch mächtigen Forderungen von Bürgern nach Sicherheit und Wohlstand entgegenzukommen. Auch dies hatte nicht viel länger als zehn Jahre Bestand, bis die Weltwirtschaft unter der Bürde unrealistischer Versprechungen künftiger Zahlungen für aktuellen Konsum und Investitionen, die von Regierungen als Ausgleich für fiskalpolitische Kürzungen zugelassen worden waren, beinahe zusammenbrach. Seither hat der Zusammenprall zwischen volkstümlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischem Beharren auf Marktgerechtigkeit erneut den Schauplatz gewechselt und sich in die internationalen Kapitalmärkte und die verwinkelten Auseinandersetzungen verlagert, die derzeit zwischen Finanzinstitutionen und Wählerschaften,

Regierungen, Staaten und internationalen Organisationen ausgetragen werden. Die Frage ist jetzt, wie weit Staaten gehen können bei der Durchsetzung der Verfügungsrechte und Profiterwartungen der Märkte gegenüber ihren Bürgern, um zu vermeiden, Bankrott anmelden zu müssen, ohne gleichzeitig den Rest von demokratischer Legitimität, der ihnen noch geblieben ist, aufs Spiel zu setzen.

Tolerierung von Inflation, Hinnahme von Staatsverschuldung und Deregulierung des privaten Kredits waren nur befristete Notlösungen für Regierungen angesichts des offenbar unauf löslichen Konflikts zwischen den beiden gegensätzlichen Allokationsprinzipien des demokratischen Kapitalismus: soziale Rechte einerseits und Grenzproduktivität nach Bewertung des Marktes andererseits. Jede der drei Lösungen funktionierte eine Zeitlang, begann dann aber, mehr Probleme zu schaffen, als sie löste, was zeigte, daß eine dauerhafte Versöhnung zwischen sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in kapitalistischen Demokratien ein utopisches Projekt ist. Im Umgang mit ihren jeweiligen Krisen konnten Regierungen lediglich erreichen, diese in immer neue Arenen zu verschieben, wo sie in veränderter Form wieder auftauchten. Nichts spricht für die Annahme, daß dieser Prozeß – die fortwährende Manifestation der Widersprüche des demokratischen Kapitalismus in immer wieder neuen Formen wirtschaftlicher Verwerfungen – an ein Ende gekommen ist.

7. DIE KRITIK DER POLITIK

Gegenwärtig scheint klar zu sein, daß die politische Lenkbarkeit des demokratischen Kapitalismus stark zurückgegangen ist, in einigen Ländern mehr als in anderen, aber auch in dem sich herausbildenden globalen politisch-ökonomischen System insgesamt. Im Ergebnis sind die Risiken gewachsen, sowohl für die Demokratie als auch für die Wirtschaft. Seit der

Großen Depression waren Politiker selten, wenn überhaupt, mit so großer Ungewißheit konfrontiert wie heute. Als ein Beispiel von vielen sei erwähnt, daß die „Märkte“ nicht nur fiskalpolitische Konsolidierung erwarten, sondern auch und gleichzeitig eine realistische Aussicht auf künftiges wirtschaftliches Wachstum. Wie beides zusammengehen soll, ist alles andere als klar. Zwar sank die Risikoprämie auf irische Staatsschulden, als sich das Land zu einem aggressiven Defizitabbau verpflichtete, doch nur einige Wochen später stieg sie wieder, weil das Konsolidierungsprogramm des Landes als so strikt erscheinend, daß es eine wirtschaftliche Erholung unmöglich machen würde.¹⁶ Überdies herrscht weiterhin die Überzeugung, daß sich in einer Welt, die mehr denn je von billigem Geld überschwemmt ist, irgendwo bereits die nächste Blase bildet. Subprime-Hypotheken mögen sich zumindest momentan nicht mehr als Anlagemöglichkeit empfehlen. Aber es gibt die Rohstoffmärkte oder die neue Internetwirtschaft. Nichts hindert Finanzfirmen daran, das überreichlich von den Zentralbanken bereitgestellte Geld zu verwenden, um in die neuen Wachstumsbranchen – welche auch immer sich als solche anzubieten scheinen – einzusteigen, im Interesse ihrer bevorzugten Kunden und natürlich auch in ihrem eigenen.

Schließlich sind, nachdem die Regulierungsreform im Finanzsektor in fast jeder Hinsicht gescheitert ist, die Eigenkapitalanforderungen kaum höher als zuvor, und die Banken, die im Jahr 2008 zu groß waren, als daß man sie hätte scheitern lassen können, können sich darauf verlassen, 2012 oder 2013 noch immer so groß zu sein. Damit behalten sie die Fähigkeit, die Staaten zu erpressen, die sie schon drei Jahre zuvor so geschickt einsetzen konnten. Allerdings könnte sich zeigen, daß die staatliche Rettung des privaten Kapitalismus nach dem Vorbild von 2008 sich nicht wiederholen läßt, nicht zuletzt, weil die staatlichen Finanzen bereits bis zum Äußersten angespannt sind.

Die Demokratie ist in der gegenwärtigen Krise ebenso gefährdet wie die Wirtschaft, wenn nicht mehr. Nicht nur die „Systemintegration“ heutiger Gesellschaften – also das effiziente Funktionieren ihrer kapitalistischen Volkswirtschaften – ist prekär geworden, sondern auch ihre „soziale Integration“. ¹⁷ Mit dem Beginn eines neuen Zeitalters der Austerität ist die Fähigkeit von Nationalstaaten, zwischen den Rechten ihrer Bürger und den Erfordernissen der Kapitalbildung zu vermitteln, schwer zurückgegangen. Überall sind Regierungen mit stärkerem Widerstand gegen Steuererhöhungen konfrontiert, besonders in hochverschuldeten Ländern, wo man noch viele Jahre lang frische öffentliche Gelder wird verausgaben müssen, um für Güter zu bezahlen, die längst verbraucht sind. Außerdem kann man angesichts einer immer engeren globalen Interdependenz nicht mehr so tun, als ließe sich die Spannung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen Kapitalismus und Demokratie, im Rahmen nationaler politischer Gemeinschaften bewältigen. Keine Regierung kann heute regieren, ohne genauestens internationale Zwänge und Verpflichtungen zu beachten, darunter auch die der Finanzmärkte, die den Staat zwingen, seiner Bevölkerung Opfer aufzubürden. Die Krisen

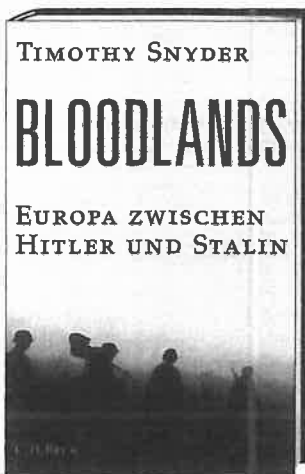
und Widersprüche des demokratischen Kapitalismus sind endgültig internationalisiert worden und wirken sich nicht nur innerhalb der Staaten, sondern auch zwischen ihnen aus, in bislang noch unerforschten Kombinationen und Permutationen.

Wie wir heute fast täglich in den Zeitungen lesen können, diktieren mittlerweile „die Märkte“ in noch nie dagewesener Weise, was mutmaßlich souveräne und demokratische Staaten noch für ihre Bürger tun können und was sie ihnen verweigern müssen. Dieselben in Manhattan ansässigen Ratingagenturen, die an der Herbeiführung der Katastrophe der globalen Geldindustrie mitgewirkt haben, drohen jetzt damit, die Anleihen von Staaten herabzustufen, die ein bisher unvorstellbares Maß an Neuverschuldung auf sich nahmen, um diese selbe Industrie und die kapitalistische Wirtschaft insgesamt zu retten. Noch begrenzt und verzerrt die Politik die Märkte, aber, wie es scheint, auf einer Ebene, die vorher weit von der täglichen Erfahrung und den Organisationsmöglichkeiten normaler Menschen entfernt ist: die USA, bis an die Zähne bewaffnet nicht nur mit Flugzeugträgern, sondern auch mit einer unbegrenzten Heerschar von Kreditkarten, schaffen es noch, China zum Kauf ihrer steigenden Schulden zu bewegen. Alle anderen müssen darauf hören, was „die Märkte“ ihnen sagen. Als Folge nehmen Bürger ihre eigene Regierung zunehmend nicht als ihre Vertretung wahr, sondern als die von anderen Staaten oder internationalen Organisationen wie dem IWF oder der Europäischen Union, die gegen den Druck der Wähler sehr viel stärker abgeschirmt sind, als es der traditionelle Nationalstaat war. In Ländern wie Griechenland und Irland gar wird alles, was an Demokratie erinnert, auf viele Jahre hinaus faktisch suspendiert sein; um sich im Sinne der internationalen Märkte und Institutionen „verantwortlich“ zu verhalten, werden nationale Regierungen strikteste Einsparungen verordnen müssen, um den Preis, für die Bedürfnisse der eigenen Bürger zunehmend unempfindlich zu werden.¹⁸

Die Demokratie steht nicht nur in den Ländern in Frage, die gegenwärtig von den Märkten angegriffen werden. Deutschland, das wirtschaftlich noch einigermaßen gut dasteht, hat sich auf Jahrzehnte zu Ausgabenkürzungen verpflichtet. Außerdem wird die deutsche Regierung ihre Bürger erneut dazu bewegen müssen, Liquidität für konkursgefährdete Länder bereitzustellen, nicht nur, um deutsche Banken zu retten, sondern auch, um die europäische Gemeinschaftswährung zu stabilisieren und einen allgemeinen Zinsanstieg für Staatsanleihen zu verhindern, der vermutlich kommen wird, sobald das erste Land abstürzt. Der hohe politische Preis dafür läßt sich am fortschreitenden Verfall des Wählerkapitals der Merkel-Regierung ablesen, der in den letzten Jahren bei bedeutenden Regionalwahlen zu einer Reihe von Niederlagen führte. Populistische Parolen des Inhalts, daß vielleicht auch die Gläubiger einen Teil der Kosten tragen sollten, wie sie die Kanzlerin Anfang 2010 von sich gab, wurden rasch fallengelassen, als „die Märkte“ ihrem Ärger durch eine leichte Anhebung des Zinssatzes auf neue Staatsanleihen Ausdruck gaben. Jetzt wird davon gesprochen, daß man, wie der deutsche Finanzminister es ausdrückt, von der altmodischen Organisationsform der „Regierung“, die den neuen Herausforderungen der Globalisierung nicht mehr gewachsen sei, zur „Governance“ übergehen müsse, wobei er speziell eine dauerhafte Beschneidung der Budgethoheit des Bundestags im Auge hatte.¹⁹

Die politischen Erwartungen, mit denen demokratische Staaten heute von ihren neuen Herren konfrontiert werden, sind möglicherweise unerfüllbar. Internationale Märkte und Institutionen verlangen, daß sich nicht nur die Regierungen, sondern auch die Bürger glaubhaft zu fiskalpolitischer Konsolidierung verpflichten. Parteien, die sich gegen die Sparpolitik wenden, müssen bei nationalen Wahlen eine schallende Niederlage erleiden, und

„Eine aufwühlende Geschichte Europas im Zeitalter des Terrors.“ Peter Merseburger, *Die Welt*



„Nirgendwo ist der Horror der ukrainischen Hungersnot, der Deportationen und des Massenterrors packender und ergreifender beschrieben worden. Und auch über die nationalsozialistischen Mordexzesse im Osten Europas weiß Snyder auf eine Weise zu erzählen, dass das Blut in den Adern gefriert.“
Jörg Baberowski, *DIE ZEIT*

Aus dem Amerikanischen von Martin Richter. 523 Seiten mit 36 Karten. Gebunden € 29,95 ISBN 978-3-406-62184-0

C.H. BECK
www.chbeck.de

Regierung wie Opposition müssen öffentlich auf „gesunde Finanzen“ verpflichtet werden, sonst werden die Kosten des Schuldendienstes steigen. Doch Wahlen, bei denen die Wähler keine wirkliche Wahl haben, könnten von ihnen als sinnlos empfunden werden, was zu allen möglichen politischen Störungen führen könnte, von sinkender Wahlbeteiligung über einen Aufstieg populistischer Parteien bis hin zu Straßenschlachten.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß die Schauplätze des Verteilungskonflikts sich immer mehr von der Politik der Menschen entfernt haben. Die nationalen Arbeitsmärkte der siebziger Jahre mit ihren vielfältigen Gelegenheiten für korporatistische politische Mobilisierung und klassenübergreifende Koalitionen und die Politik der Staatsausgaben in den achtziger Jahren gingen nicht unbedingt über den Verstand des „Mannes auf der Straße“ oder seinen strategischen Horizont hinaus. Seither aber sind die Schlachtfelder, auf denen die Widersprüche des demokratischen Kapitalismus ausgefochten werden, immer komplexer geworden, was es für jemanden, der nicht zu den politischen und finanziellen Eliten gehört, ungemein schwer macht, die zugrundeliegenden Interessen zu erkennen und seine eigenen zu formulieren.²⁰

Zwar könnte dies massenhafte Apathie erzeugen und dadurch den Eliten das Leben erleichtern. Aber darauf ist in einer Welt, in der blinder Gehorsam gegenüber Finanzinvestoren als das einzig rationale und verantwortliche Verhalten dargestellt wird, kein Verlaß. Denjenigen, die sich andere soziale Rationalitäten und Verantwortlichkeiten nicht ausreden lassen wollen, mag eine solche Welt schlicht absurd erscheinen – so daß am Ende für sie das einzige rationale und verantwortliche Verhalten darin bestehen könnte, möglichst viel Sand ins Getriebe der *haute finance* zu streuen. Dort, wo die Demokratie, wie wir sie kennen, faktisch suspendiert ist, wie in Griechenland, Irland und Portugal, mögen Straßenkrawalle und Volksaufstände die letzte verbleibende politische Ausdrucksform für diejenigen sein, die keine Marktmacht besitzen. Sollten wir um der Demokratie willen hoffen, daß wir bald Gelegenheit haben werden, einige weitere Beispiele zu beobachten?

Die Sozialwissenschaft kann nur wenig zur Lösung der strukturellen Spannungen und Widersprüche beitragen, die den aktuellen wirtschaftlichen Verwerfungen und sozialen Konflikten zugrunde liegen. Sie kann sie jedoch zutage fördern und die historischen Kontinuitäten benennen, in deren Rahmen die gegenwärtigen Krisen allein vollständig verstanden werden können. Auch kann – und muß – sie das Drama demokratischer Staaten sichtbar machen, die in Inkassoagenturen im Auftrag einer globalen Oligarchie von Investoren verwandelt werden, verglichen mit der die von C. Wright Mills beschriebene „Machtelite“ als leuchtendes Beispiel für einen liberalen Pluralismus erscheint.²¹

Mehr denn je scheint wirtschaftliche Macht heute zu politischer Macht geworden zu sein, während die Bürger fast gänzlich ihrer demokratischen Verteidigungsmöglichkeiten und ihrer Fähigkeit beraubt sind, der politischen Ökonomie Interessen und Forderungen aufzuprägen, die mit denen der Kapitaleigner nicht vereinbar sind. In der Tat scheint sich heute, wenn man auf die demokratisch-kapitalistische Krisensequenz seit den siebziger Jahren zurückblickt, eine Möglichkeit einer neuen, mehr oder weniger dauerhaften Regelung des Sozialkonflikts des fortgeschrittenen Kapitalismus abzuzeichnen, diesmal gänzlich zugunsten der besitzenden Klassen, die fester denn je in ihrer politisch unangreifbaren Festung, der internationalen Finanzindustrie, verschanzt sind. ♦

1 Für den Terminus „Große Rezession“ siehe Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff, *Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, München, FinanzBuch-Verlag 2010.

2 Die klassische Formulierung ist James Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor, MI, 1962.

3 Siehe Edward Thompson, „The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century“, *Past & Present*, vol. 50, no. 1, 1971; und James Scott, *The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, New Haven, CT, 1976. Der genaue Inhalt solcher Rechte ist natürlich eine Funktion des jeweiligen sozialen und historischen Standorts.

4 In einem bahnbrechenden Essay bezeichnete Michal Kalecki das „Vertrauen“ der Investoren als einen entscheidenden, die wirtschaftliche Entwicklung bestimmenden Faktor: „Political Aspects of Full Employment“, *Political Quarterly*, vol. 14, no. 4, 1943. Das Anlegervertrauen hängt nach Kalecki von dem Ausmaß ab, in dem aktuelle Gewinnerwartungen von Kapitaleignern von der Verteilung der politischen Macht und den daraus erwachsenden Politiken verlässlich unterstützt werden. Wirtschaftliche Funktionsstörungen – bei Kalecki die Arbeitslosigkeit – stellen sich dann ein, wenn die Wirtschaft ihre Gewinnerwartungen durch politische Interventionen bedroht sieht. In diesem Sinne „falsche“ Politiken führen zu einem Verlust des Unternehmervertrauens, der wiederum einen Investitionsstreik der Kapitaleigner nach sich ziehen könnte. Kaleckis Sichtweise macht es möglich, die kapitalistische Wirtschaft als interaktives Spiel zu modellieren, im Unterschied zu einem natürlichen oder maschinenartigen Mechanismus. Dabei muß der Punkt, an dem Kapitalisten auf marktverzerrende Interventionen negativ durch Investitionszurückhaltung reagieren, nicht zwangsläufig als feststehend und mathematisch vorhersagbar betrachtet werden, sondern kann verhandelbar sein. So kann er zum Beispiel von einem historisch veränderlichen Erwartungsniveau oder von strategischen Überlegungen abhängen. Deshalb scheitern Prognosen auf der Grundlage universalistischer, von Geschichte und Kultur unabhängiger Wirtschaftsmodelle so häufig: Sie gehen von feststehenden Parametern aus, wo diese in Wirklichkeit historisch und gesellschaftlich bestimmt sind.

5 John Goldthorpe, „The Current Inflation: Towards a Sociological Account“, in Fred Hirsch und Goldthorpe, Hg., *The Political Economy of Inflation*, Cambridge, MA, 1978.

6 Schon in den fünfziger Jahren hatte Anthony Downs darauf hingewiesen, dass die Forderungen der Bürger nach öffentlichen Dienstleistungen in einer Demokratie die Tendenz hätten, die einer Regierung zur Verfügung stehenden Ressourcen zu übersteigen: siehe „Why the Government Budget Is Too Small in a Democracy“, *World Politics*, vol. 12, no. 4, 1960, oder James O'Connor, „The Fiscal Crisis of the State“, *Socialist Revolution*, vol. 1, nos 1 and 2, 1970.

7 Greta Krippner, *Capitalizing on Crisis*, Cambridge, MA, 2011.

8 David Spiro, *The Hidden Hand of American Hegemony: Petrodollar Recycling and International Markets*, Ithaca, NY, 1999.

9 Robert Reich, *Locked in the Cabinet*, New York 1997.

10 Joseph Stiglitz, *Die Roaring Nineties. Der entzauberte Boom*, Berlin 2004.

11 Colin Crouch, „Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime“, *British Journal of Politics and International Relations*, vol. 11, no. 3, 2009.

12 Das Diagramm zeigt die Entwicklung in dem führenden kapitalistischen Land, den Vereinigten Staaten, wo sich die vier Stadien in idealtypischer Weise entfalten. Für andere Länder sind entsprechende Modifikationen erforderlich, die ihre spezifischen Bedingungen berücksichtigen, darunter ihre Position innerhalb der Weltwirtschaft. In Deutschland zum Beispiel begann die Staatsverschuldung schon in den siebziger Jahren stark anzusteigen. Dies entspricht dem Umstand, daß die deutsche Inflation lange vor Volcker niedrig war, dank der Unabhängigkeit der Bundesbank und der von ihr schon ab 1974 verfolgten monetaristischen Politik; Fritz Scharpf, *Crisis and Choice in European Social Democracy*, Ithaca, NY, 1991.

13 Für eine repräsentative Auswahl siehe James Poterba und Jürgen von Hagen, Hg., *Institutions, Politics and Fiscal Policy*, Chicago 1999.

14 Für einen Staat mit einer öffentlichen Verschuldung, die 100 Prozent des Sozialprodukts entspricht, würde, wenn der durchschnittliche Zinssatz, den er seinen Gläubigern zu zahlen hat, um lediglich zwei Prozentpunkte steigt, sein jährliches Haushaltsdefizit um denselben Betrag steigen. Ein

aktuelles Haushaltsdefizit von 4 Prozent des BIP würde folglich um die Hälfte zunehmen.

15 Joseph Schumpeter, *Die Krise des Steuerstaats*, Leipzig 1918.

16 Offenbar glauben auch „die Märkte“ nicht an das Mantra der Angebotspolitik, daß Kürzungen der öffentlichen Ausgaben Wachstum stimulieren. Andererseits kann niemand sagen, wieviel neue Schulden ausreichen, damit ein Land aus seinen alten Schulden herauswächst, und wieviel zu viel wäre.

17 Die Begriffe wurden erläutert von David Lockwood In „Social Integration and System Integration“, in George Zoltschan und Walter Hirsch, Hg., *Explorations in Social Change*, London 1964.

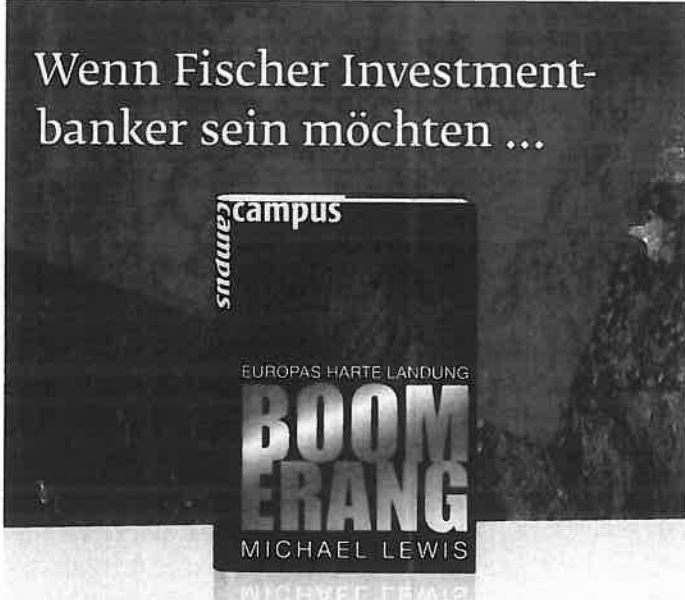
18 Peter Mair, „Representative versus Responsible Government“, *Max-Planck-Inst. für Gesellschaftsforschung Working Paper 09/8*, Köln 2009.

19 Wolfgang Schäuble: „Wir brauchen neue Formen der internationalen Governance, der globalen Governance und der europäischen Governance.“ *Financial Times*, 5. Dezember 2010. Schäuble räumte ein, daß, würde das deutsche Parlament aufgefordert, seine Zuständigkeit für den Haushalt sofort aufzugeben, „man keine Zustimmung erhalte“ – „[aber] wenn man uns einige Monate Zeit ließe, uns damit zu befassen, und wenn man uns die Hoffnung gibt, daß auch andere Mitgliedsstaaten zustimmen werden, würde ich eine Chance sehen.“ Schäuble sprach als Gewinner der von der *Financial Times* vergebenen Auszeichnung als „Finanzminister des Jahres“.

20 So richten sich politische Appelle für eine umverteilende „Solidarität“ jetzt an ganze Nationen, die von internationalen Organisationen aufgefordert werden, andere ganze Nationen zu unterstützen; Slowenien wird zum Beispiel gedrängt, Irland, Griechenland und Portugal zu helfen. Verheimlicht wird, daß von dieser Art „internationaler Solidarität“ nicht die Männer und Frauen auf der Straße unterstützt werden, sondern die inländischen und ausländischen Banken, die sonst Verluste oder niedrigere Gewinne hinnehmen müßten. Auch Unterschiede des Nationaleinkommens werden vernachlässigt. Während die Deutschen im Durchschnitt reicher sind als die Griechen (wenngleich es Griechen gibt, die sehr viel reicher sind als fast alle Deutschen), sind die Slowenen im Durchschnitt sehr viel ärmer als die Iren, die statistisch ein höheres Pro-Kopf-Einkommen haben als fast alle Euro-Länder, Deutschland eingeschlossen. Die neue Ausrichtung des Konflikts übersetzt Klassenkonflikte faktisch in internationale Konflikte und spielt Nationen gegeneinander aus, die alle denselben finanziellen Marktzwängen zu staatlicher Austerität unterworfen sind. Die kleinen Leute werden aufgefordert, „Opfer“ von anderen kleinen Leuten zu verlangen, die zufällig Bürger anderer Staaten sind, statt sie von denen zu fordern, die längst wieder dazu übergegangen sind, ihre Boni einzustreichen.

ANZEIGE

Wenn Fischer Investmentbanker sein möchten ...



VON ISLAND NACH GRIECHENLAND, IRLAND UND DEUTSCHLAND: DAS NEUE BUCH DES INTERNATIONALEN BESTSELLER-AUTORS MICHAEL LEWIS (THE BIG SHORTS) IST EINE REISE DURCH DIE WELT IM FINANZCHAOS. LEWIS DECKT AUF, WIE LEICHT VERFÜGBARES GELD, ABERWITZIGE TRICKS UND EIN ERSCITTERNDER MANGEL AN KONTROLLE DIE EUROPÄISCHEN FINANZEN AN DEN RAND DES ABGRUNDS TRIEBEN.

»In 'Boomerang' wird die europäische Schuldenkrise nicht nur verständlich, sondern auch faszinierend.« *New York Times*

2011 · 248 Seiten · € 24,99

www.campus.de

campus
Frankfurt · New York

AUS DEM ENGLISCHEN VON FRIEDRICH GRIESE.
DER TEXT BASIERT AUF DER MAX-WEBER-VORLESUNG 2011 AM EUROPÄISCHEN HOCHSCHULINSTITUT FLORENZ. DANK GILT DANIEL MERTENS FÜR UNTERSTÜTZUNG BEI DER RECHERCHE.

VÖLKER UND MÄRKTE

DEMOKRATISCHER KAPITALISMUS UND EUROPÄISCHE INTEGRATION. EIN EPILOG

DIE HOFFNUNG, daß die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 26. und 27. Oktober die Finanzmärkte und den Euro stabilisieren würden, überlebte nicht einmal einen Tag. Die Börsenkurse, die zunächst gestiegen waren, brachen wieder ein, sobald das Kleingedruckte ans Licht kam und neue Zweifel säte. Würden tatsächlich alle Investoren beim freiwilligen Haircut mitmachen? War die Bazooka nicht doch immer noch eher eine Wasserpistole? Dann begann das griechische Satyrspiel, kurz darauf das italienische, und alles war *back to square one*.

Niemand kann derzeit mit auch nur annähernder Gewißheit sagen, was die europäischen Staaten und Institutionen tun müssten, um das abgestürzte globale Finanzsystem zu reparieren. Man weiß es einfach nicht. Die einen verlangen strikte Austerität, die anderen neues Wachstum, und alle wissen: beides wäre nötig, aber auf einmal wird beides nicht zu haben sein. Die Rettungspläne der Technokraten pendeln zwischen den Hörnern immer neuer Dilemmas hin und her; dreimalgescheitete Patentrezepte werden dutzendweise auf den Markt geworfen, mit immer kürzerer Halbwertszeit. In der Nacht auf den 28. Oktober durften die europäischen Regierungschefs zum ersten Mal wieder alpträumfrei bis in den Morgen schlafen; danach war alles wie immer in den letzten drei Jahren. Das einzige, was man weiß, ist: „die Märkte“ werden sich beruhigen, wenn sie sich beruhigen werden; aber wann das sein wird, darüber schweigen sie sich aus, ebenso wie darüber, was sie als nächstes verlangen werden. Werden sie Frankreich angreifen? Wenn es sein muß: selbstverständlich. Zufrieden sein werden sie erst, wenn sie völlige Gewissheit haben, dass sie ihr Geld ganz und gar zurückbekommen werden, durch nationale Sparpakete, internationale Einlagensicherungsvereinbarungen oder, am besten, beides.

Unterdessen entfaltet sich die Dialektik von Demokratie und Kapitalismus in atemberaubendem Tempo. Kaum hatte sich die Aufregung über das geplante und dann wieder abgesagt griechische Referendum gelegt, überschlugen sich die Ereignisse. Berichten über Witzeleien in Brüsseler Korridoren über die Wünschbarkeit eines Militärputsches in Athen folgte die Ablösung erst der griechischen und dann der italienischen Regierung. Unter allgemeinem Aufatmen ging die Macht an in internationalen Finanzkreisen hochangesehene Ökonomen-Technokraten über, von denen man hofft, daß sie der Logik „der Märkte“ endlich energisch Geltung verschaffen werden. Die Hoffnung ist prima facie nicht unberechtigt. Mario Monti, neuer Premierminister Italiens, zerschlug als europäischer Wettbewerbskommissar das deutsche öffentliche Bankensystem (woraufhin es sich mit dem Ankauf amerikanischer Schrottpapiere vergeblich zu sanieren versuchte); nach dem Ende seiner Brüsseler Amtszeit verdiente er sein Geld als Berater unter anderem von Goldman Sachs, dem größten aller Schrottpapierproduzenten. Loukas Papadimos, jetzt Regierungschef in Griechenland, war Präsident der griechischen Zentralbank, als das Land sich mit gefälschten Statistiken den Zugang zur Währungsunion und damit unbegrenzten Kredit zu deutschen Zinssätzen sicherte. Hilfe bei der kreativen Bearbeitung der nationalen Kontenbücher kam damals übrigens von der europäischen Niederlassung von Goldman Sachs, deren Chef Mario Draghi war, der seit kurzem bekanntlich als Präsident der Europäischen Zentralbank fungiert. Die drei sollten gut miteinander auskommen.

Mittlerweile zweifelt niemand mehr, daß die demokratischen Staaten der kapitalistischen Welt nicht mehr nur einen Souverän haben, sondern zwei: unten ihr nationales Volk, oben die internationalen „Märkte“. „Globalisierung“, Finanzialisierung und europäische Integration schwächen ersteres und stärken letztere. Derzeit verschieben sich die Gewichte rapide nach oben. Wo früher *Leuteversteher* gesucht waren, sind heute *Kapitalversteher* gefragt, die das Vertrauen „der Märkte“ haben, weil sie die nötigen technischen Tricks beherrschen, um dafür sorgen zu können, daß die Investoren ihren Einsatz mit Zins und Zinseszins zurückbekommen. Da für die Staaten das Vertrauen der Märkte heute wichtiger ist als das der Wähler, wird die in Gang befindliche Machtübernahme der Kapitalversteher rechts wie links nicht als Problem angesehen, sondern als Lösung. In Nordeuropa erleichtern anekdotische Darstellungen der Bizarrerien des in Griechenland und Italien endemischen Klientelismus den Rückzug auf Gemeinplätze wie den, daß Demokratie nicht das Recht bedeuten könne, über die eigenen Verhältnisse zu leben und seine Schulden nicht zurückzuzahlen, zumal wenn es sich um „unser“ Geld handelt.

Doch so einfach ist die Sache nicht. Nicht um „unser“ Geld geht es, sondern um das der Banken, und nicht um Solidarität mit den Griechen, sondern mit den „Märkten“. Wie wir wissen, haben die letzteren den ersteren ihr Geld geradezu aufgedrängt, in der Erwartung, es wenn nicht von diesen, dann von den anderen Staaten der Euro-Zone zurückzubekommen, falls nötig nach dem Muster der „too big to fail“-Erpressung von 2008. Was „uns“ angeht, so haben unsere Regierungen solchen Erwartungen nicht widersprochen, obwohl es den riesigen Überwachungsapparaten der großen Nationalstaaten und internationalen Organisationen nicht entgangen sein kann, wie sich Länder wie Griechenland nach ihrer Aufnahme in die Euro-Zone mit billigen Krediten vollgesogen haben. In der Tat dürfte genau dies – die Sicherung der Geldversorgung der Südstaaten – einer der Zwecke der Euro-Übung gewesen sein: nämlich Ersatz zu schaffen für die zurückgehenden Subventionen aus den überbeanspruchten Regional- und Strukturfonds der EU in einem Zeitalter weltweiter Haushaltskonsolidierung. So machten nicht nur die Banken gute und, vermeintlich, sichere Geschäfte, sondern auch die Exportindustrien der Nordstaaten, die von der stetig erneuerten Kaufkraft ihrer südlichen Kundschaft profitierten und nicht mehr befürchten mußten, daß Länder wie Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sich wie in der Vergangenheit durch periodische Abwertung ihrer Währungen vor der überlegenen Wettbewerbsfähigkeit der nord-europäischen Volkswirtschaften schützen würden.

Es gehört zu den bewundernswertesten Unverschämtheiten der politischen PR-Geschichte, wie die politischen Eliten des Nordens heute über das Staunen darüber heucheln, daß die Subventionen und Kredite, die in den letzten Jahrzehnten in die Länder des Mittelmeers geflossen sind, dort für Korruption und Spekulation statt für ehrliches Wachstum (wie in den USA und Großbrit-

annien) verwendet wurden. Jeder nur halbwegs Eingeweihte wußte von den unmöglich riesigen Olivenrenten in Griechenland, ebenso wie in den Nachkriegsjahrzehnten die intimen Verbindungen zwischen der italienischen Democrazia Cristiana und der Mafia, mit einer Figur wie Giulio Andreotti als Schaltzentrale eines stabilen Netzwerks zwischen Staatsapparat, Parteien, Armee, organisiertem Verbrechen und in- und ausländischen Geheimdiensten alles andere als ein Staatsgeheimnis waren. Was Griechenland angeht, so konnte sich jeder europäische Politiker über die unbeglichenen historischen Rechnungen seit dem Ende der Militärherrschaft im klaren sein: eine an Lateinamerika erinnernde Vermögensverteilung, eine nicht besteuerte Oberschicht, und einen demokratischen Staat, dem nichts anderes übrig blieb, als sich die Ressourcen, die seine vermögenden Bürger längst ins Ausland geschafft hatten, von anderen Staaten oder von den „Märkten“ zuschießen zu lassen, um das alte Geld in Frieden altes Geld sein lassen zu können und sich mit dem neuen Geld die Unterstützung einer wachsenden, zunehmend an nördlichen Konsumnormen orientierten Mittelschicht zu erkaufen.

Daß niemand auf die Idee kam, hieran Anstoß zu nehmen, dürfte letzten Endes darauf zurückgehen, daß die einzige Alternative nach dem Ende der Militärherrschaft eine radikale Rekonstruktion der griechischen Gesellschaft gewesen wäre, möglicherweise nach dem Modell der damals eukommunistisch regierten Emilia Romagna. So etwas aber wollte in Nordeuropa und den USA niemand riskieren: ebensowenig wie in Portugal nach der Nelkenrevolution, in Spanien nach dem Ende Francos und schon gar nicht im Italien der 1970er Jahre, wo die Kommunistische Partei unter Enrico Berlinguer auf eine Regierungsbeteiligung verzichtete, um keinen Putsch à la Chile zu provozieren. So nahm man in die EU auf, was an postfaschistischer Demokratie zu haben war, in der Hoffnung, daß sich mit dem davon erwarteten Wachstum der Wirtschaft auch die archaischen Sozial- und Klassenstrukturen auswachsen würden, die für Faschismus und Militärdiktaturen ebenso verantwortlich gewesen waren wie für das Steckenbleiben der kapitalistischen Modernisierung.

NEOFUNKTIONALISMUS

Was das organisierte, heute zwischen Norden und Süden hin- und hergerissene Europa angeht, so müssen wir uns wohl auf eine Wiederbelebung des

ANZEIGE

Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch



SCHATZINSELN
WIE STEUEROASEN
DIE DEMOKRATIE UNTERGRABEN

Schmutziges Geld

Steueroasen sind alles andere als exotische Nebenschauplätze der Weltwirtschaft. Offshore-Banking ist für jeden multinationalen Konzern übliche Praxis. Nicholas Shaxson liefert eine umfassende Darstellung der Steueroasen dieser Welt – mit besonderem Fokus auf den Finanzplatz Schweiz, «einer der weltgrößten Aufbewahrungsorte für schmutziges Geld».

Nicholas Shaxson, *Schatzinseln*
Wie Steueroasen die Demokratie untergraben
446 S., Klappenbücherei, 2011
ISBN 978 3 85869 460 7, Euro 24,50

ANZEIGE

High End, aber erschwinglich: nuVero

nuVero 14

›Boxenskulptur
der Superlative...
High-End-Klasse

AUDIO 1/09

Testieger

›Referenzklasse

DIGITAL TESTED 3/10

›Absolute

Spitzenklasse

STEREOPLAY 10/08

›Masterpiece

RENOVO 1/10

600/440 Watt,
142 cm, 52 kg,
1940,- €/Box
Macca, Perlweiß,
oder Anthrazit.

•• made in Germany

nuVero setzt
Maßstäbe.

Innovative,
kompromiss-
lose Technik,
profiliertes
Design,
wahre Klang-
perfektion.

Jetzt testen!



Erleben Sie nuVero – bei Ihnen zu Hause mit 4 Wochen Rückgaberecht.
Nubert electronic GmbH,
D-73525 Schwäbisch Gmünd.
Direktverkauf ab Hersteller, großzügig
ausgestattete HiFi-/Helmkino-Studios
in Schwäb. Gmünd und D-73430 Aalen.
Onlineshop, Profiberoter-Hotline:
+49(0) 7171 92690-18
Deutschland kostenlos 0800-6823780

nubert.de
Ehrliche Lautsprecher

Einigungsprozesses einstellen. Das ist durchaus erstaunlich, auch in Anbetracht der allseits diagnostizierten Verschlechterung des „europäischen Bewusstseins“. Der nun bevorstehende Einigungsschub wird aber wiederum nach dem bewährten Muster des Neofunktionalismus stattfinden, also ohne Beteiligung und ohne oder gar gegen den Willen der Bevölkerung. Neofunktionalistische Integration vollzieht sich bekanntlich durch „Überschwappen“ (spillover) aus schon integrierten in noch nicht integrierte, funktional benachbarte Bereiche, ausgelöst durch kausale Zusammenhänge, die sich der Politik als „Sachzwänge“ präsentieren und die sie lediglich ratifizieren kann und muß. So hatte sich Jean Monet die Sache vorgestellt, und so war sie von einer ganzen Generation von Politikwissenschaftlern an die Wandtafel gemalt worden. In den 1990er Jahren allerdings galt dieser Mechanismus als erschöpft. In dem Maße, wie der Integrationsprozess in die Kernbereiche der Nationalstaaten und ihrer Gesellschaftsordnungen vordrang, wurde er „politisiert“ und kam ins Stocken. Neue Einigungsschritte wurden immer schwieriger und konnten allenfalls noch durch den Europäischen Gerichtshof durchgesetzt werden. Ein Gespenst ging um im Brüsseler Europa: Sollte die Entmachtung der Nationalstaaten von nun an auf ein „europäisches Bewußtsein“ der Völker angewiesen sein, oder gar auf die Mobilisierung eines demokratischen europäischen Bewußtseins?

Die Krise der Europäischen Währungsunion hat diese Frage geklärt und den Integrationsprozeß erneut vom Willen der Bürger abgekoppelt. Zunächst technokratisch konzipiert – ohne „politische Union“, also unter Ausklammerung der Grundfragen von nationaler Souveränität und Demokratie – verwandelt die Währungsunion die EU derzeit rapide in ein föderales Gebilde, in dem die Souveränität insbesondere der Mittelmeerstaaten zunehmend nur noch auf dem Papier steht, und mit ihr die Demokratie. Integration „schwappt über“, diesmal von der Geld- zur Fiskalpolitik. Der „Sachzwang“ der internationalen „Märkte“: die historisch einzigartig ermächtigtigen Profit- und Sicherheitsbedürfnisse der Eigentümer von Geldvermögen, fügt zusammen, was politisch nicht zusammengehören wollte und immer weniger will. Die Rechtsformen, in denen das geschehen wird, sind zweitrangig: egal wie, die Zentralbank wird endlos Schuldscheine aufkaufen, an denen die privaten Investoren keine Freude mehr haben, und Frankfurt, Brüssel und Berlin, vielleicht noch Paris, werden jahrzehntelange auf die Haushalte der Schuldnerländer „durchgreifen“ (Angela Merkel), ob mit Vertragsänderung oder ohne. Anders als bei der Farce des „Verfassungsvertrags“ gibt es diesmal keine Referenden. Der Norden zahlt für den Süden, damit der Süden an die Banken zahlen kann und der Norden nicht an die Banken zahlen muß. Die Macht insbesondere der gegen demokratischen Druck immunisierten europäischen Institutionen, insbesondere der EZB, wächst ins noch vor kurzem völlig Unvorstellbare, gefördert und gestützt von einem Zweierdirektorium hegemonialer Nationalstaaten, das längst zu einem Einerdirektorium geworden wäre, wenn die neue Vormacht nicht aus historischen Gründen bestrebt sein müßte, die wahren Verhältnisse so gut es geht zu verschleiern.

TRANSFER UND ABHÄNGIGKEIT

Die „ever closer union“ freilich, die jetzt entsteht, wird alles andere als eine Idylle sein. Zustande kommt sie als das, was die Amerikaner eine „shotgun marriage“ nennen: als nach eingetretener Schwangerschaft von der Familie erzwungene Notheirat. Glücklicherweise wird man so in der Regel nicht. Am ehesten vergleichbar erscheint die derzeit im Entstehen begriffene „Transferunion“ mit einem Land wie Italien, dessen reicher Norden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den zurückge-

bliebenen Süden kontinuierlich subventioniert hat, ohne daß sich dort viel geändert hätte. Was als Aufbruch zur Vollendung der nationalen Einheit begann, verwandelte sich rasch in ein System institutionalisierter Korruption. Statt an ein dynamisches heimisches Unternehmertum, das es nicht gab oder dem die Luft zum Atmen fehlte, flossen die Hilfgelder der Cassa di Mezzogiorno an die alteingesessene postfeudale Oberschicht, die als Gegenleistung die Stimmen der von ihr kontrollierten Landbevölkerung an die Democrazia Cristiana abließerte, woraufhin die Zentralregierung sich jeden Versuchs enthielt, ihre Kreise zu stören. So konnte, nach Art des Leoparden, alles bleiben, wie es war.

Nationalismus und europäische Regionalfonds haben lange geholfen, dem italienischen Staat seine südliche Last erträglich zu machen und ihn dadurch zusammenzuhalten. Seit den 1990er Jahren jedoch, als die kapitalistische Entwicklung des Südens noch immer auf sich warten ließ und die Gelder aus Brüssel mit Osteuropa geteilt werden mußten, ist ein wachsender Teil der Wählerschaft im Norden immer secessionistischer gestimmt. Eine Zeitlang halfen, ähnlich wie in Griechenland, die nach dem Eintritt in die Währungsunion schlagartig verbilligten Kredite, die es der Zentralregierung ermöglichten, den Mezzogiorno ruhigzustellen, ohne dafür den Norden besteuern zu müssen. Auch diese aber gibt es nun nicht mehr. Niemand rechnet heute noch mit einem Aufschwung des Südens aus eigener Kraft oder durch irgendeine europäische Zauberei. Die Malaise unter Berlusconi lag nicht nur an seinen eigenartigen Freizeitgewohnheiten, sondern auch daran, daß keiner eine Antwort auf die Frage hatte und hat, wie das Land seine nationale Einheit gegen die ohne eine tiefe soziale Umwälzung wahrscheinlich unüberwindliche Ungleichheit zwischen einem reichen Norden und einem stagnierenden Süden verteidigen soll.

Wenn die Lombardei den Mezzogiorno in fünf Jahrzehnten nicht kapitalistisch modernisieren konnte, welche Hoffnung gibt es dann für Nordeuropa, daß seine Transferzahlungen an den Mittelmeerraum jemals mehr sein werden als eine von der Bevölkerung zu tragende Steuer auf die überlegene Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen? Zwischen Finnern und Griechen gibt es keine Erinnerung an eine gemeinsame nationale Revolution, und Aussicht auf regionalpolitische Zuschüsse von dritter Seite gibt es schon gar nicht. Warum sollen dann die Nordeuropäer mehr Geduld mit Südeuropa haben als die Norditaliener mit Südtalien? Eine oft übersehene, durchaus ominöse Parallele besteht seit Einführung des Euro in der gemeinsamen Währung, die in Europa wie in Italien den wirtschaftlich schwachen Regionen des Südens die Möglichkeit einer Abwertung versperrt. Das Resultat könnte dasselbe sein: dauerhafte Rückständigkeit, unüberwindliche Abhängigkeit von Transferzahlungen und wachsender Unmut bei Empfängern wie Zahlern staatlicher bzw. zwischenstaatlicher Unterstützungsleistungen.

Daß Nordeuropa es Griechenland ermöglicht, in der Europäischen Währungsunion zu bleiben, erscheint so als Danaergeschenk, diesmal an die Griechen und nicht von ihnen, und zwar obwohl der griechische Staat und Teile des griechischen Bürgertums den Spatz in der Hand, in Gestalt von gelegentlichen europäischen Hilfgeldern, der Taube auf dem Dach, nämlich einer selbstbestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nach Rückkehr zu einer nationalen Währung, immer noch vorzuziehen scheinen. Die hier relevante Interessenlage ist extrem komplex und kann nicht im einzelnen aufgerollt werden. So begründet etwa die deutsche IG Metall ihre Forderung nach „internationaler Solidarität“ mit Griechenland ohne Umschweife mit der Notwendigkeit, die deutschen Exporte in den Mittelmeerraum durch die gemeinsame Währung langfristig zu sichern.

